



Bayerische Mass-Einheit.

KARIKATUR: TOMICEK

## KOMMENTARE

## Ampel-Streit – AfD-Freud'

TOBIAS PETER ÜBER DIE STREITIGKEITEN IN DER AMPEL-REGIERUNG



Es klingt halbwegs charmant. Das Dreierbündnis sei „eine Regierung, wo gehämmert und geschraubt wird“, hatte FDP-Chef Christian Lindner nach der Kabinettsklausur gesagt. Das führe zwar zu Geräuschen – aber es komme auch etwas raus. Kanzler Olaf Scholz hatte ergänzt, gehämmert werde „mit Schalldämpfer“.

Dieser Bitte des Kanzlers möchte die FDP nicht nachkommen. Die Forderung der Liberalen, „den Rückbau der noch einsatzfähigen Kernkraftwerke zu stoppen“, ist dafür das beste Beispiel.

Die Ampel hat im vergangenen Jahr hart um ihren Kurs in Sachen Atomkraft gerungen. Die von allen drei Parteien akzeptierte Entscheidung lautete: etwas längere Laufzeiten – dann ist Schluss. Dass die FDP den Streit jetzt wieder eröffnet, sorgt für neuen Lärm. Inhaltlich heraus kommt dabei: nichts. Soll das Arbeiten mit dem Schalldämpfer sein? Von wegen. Das ist der Einsatz des

Presslufthammers. Die Ampel befindet sich im Gefangenendilemma. Alle würden besser damit fahren, sich häufiger im Stillen zu einigen. Doch dafür ist die Versuchung zu groß, auf Kosten der anderen noch einen Punktgewinn zu machen. Das gilt auch für die Grünen, wie sich beim Streit um die Kindergrundsicherung gezeigt hat. In der SPD wächst ebenfalls der Wunsch, das eigene Profil zu stärken.

Dauerstreit in der Regierung erweckt den Eindruck, die beteiligten Parteien beschäftigten sich nur mit den eigenen Problemen – und nicht mit denen der Bürger. SPD, Grüne und FDP stehen durch eigene Schuld schlecht in den Umfragen da. Durch ihr Erscheinungsbild ist die Ampel mitverantwortlich für die hohen Werte der AfD. Dass die in Sachsen in einer Umfrage nun sogar stärkste Partei sind, lässt sich nicht monokausal auf Frust über Bundespolitik zurückführen. Aber er ist ein Faktor. |tpe

## Bezahlbare Energie gefragt

JAN-DIRK FRANKE ÜBER EINE IHK-UMFRAGE ZUR ENERGIEWENDE



Es sind erschreckende Ergebnisse, die Industrie- und Handelskammern mit ihrem Energiewende-Barometer vorgelegt haben. Die zentrale Frage lautet: Wie beurteilen Firmen die Auswirkungen der Energiewende auf ihre Wettbewerbsfähigkeit? Die Antworten fielen so negativ aus wie noch nie. Vor allem Industriebetriebe denken zunehmend darüber nach, Kapazitäten ins Ausland zu verlagern.

Eine Entwicklung, die sich auf die Frage zuspitzen lässt: Steuert Deutschland auf eine Deindustrialisierung zu? Wenn es so weiter geht – vermutlich ja. Nur, um klarzustellen: Es geht nicht darum, die Energiewende in Frage zu stellen. Natürlich muss auch die Wirtschaft den Weg der Dekarbonisierung beschreiten. Die Frage ist nur: Unter welchen Bedingungen geschieht das? Und diese sind, was die Energiepreise angeht, eher schlecht. Die Preise für Strom und Gas sind hoch, liegen weit über dem Vorkrisenniveau.

Selbst unter Berücksichtigung der Kaufkraft ist Strom in keinem anderen G-20-Land so teuer wie hier. Aber ohne Energie geht nun mal nichts, sie muss bezahlbar bleiben.

Ein Industriestrompreis, von dem nur wenige energieintensive Firmen profitieren, hilft da wenig. Eine Stellschraube, an der man drehen könnte, wären Steuern und Abgaben. Sie machen fast ein Drittel des Preises aus. Es gibt aber noch einen anderen Punkt, der für Firmen wichtig ist: Planbarkeit und Verlässlichkeit in der Energiepolitik. Das ist für Investitionsentscheidungen, die oft auf Jahre hinaus im Voraus getroffen werden müssen, elementar. Fast zwei Drittel der Firmen sagen, dass es ihnen daran fehlt. „Die Vielzahl neuer Vorschriften und Regulierungen und die Hektik der Gesetzgebung des letzten und dieses Jahres spiegeln sich in diesen Antworten wider“, heißt es in der Umfrage. Besser kann man es nicht auf den Punkt bringen. |jdf

## Warum die AfD in Sachsen auf so fruchtbaren Boden fällt

Soziologe Raj Kollmorgen über Krisen, Transformation und Nachwirkungen der DDR-Staatsprägung

GÖRLITZ – Für viel Aufmerksamkeit gesorgt hat eine Umfrage der sächsischen Tageszeitungen, wonach aktuell 35 Prozent der Menschen im Freistaat der AfD ihre Stimme geben würden. Dass die Partei mindestens in Teilen rechtsextremistisch ist, scheint viele potenzielle Wähler nicht mehr – oder nicht mehr genug – abzuschrecken. Frank Hommel sprach darüber mit Raj Kollmorgen, Soziologe an der Hochschule Görlitz-Zittau.

**Freie Presse: Herr Professor Kollmorgen, in einer Umfrage der sächsischen Tageszeitungen liegt die AfD bei 35 Prozent, wäre stärkste Kraft in Sachsen. Wie ist das einzuordnen, warum fallen die Thesen in Sachsen auf so fruchtbaren Boden?**

**Raj Kollmorgen:** Wir sollten uns zunächst klarmachen: Diese Zustimmung ist nicht allein das Ergebnis der letzten drei, sondern eher der letzten zehn, wenn nicht zwanzig Jahre; und sie ist einzubetten in strukturelle Verschiebungen unserer Gegenwartsgesellschaft. Diese betreffen die globalen Wirtschaftsbeziehungen ebenso wie die Digitalisierung oder die sozial-ökologische Herausforderung mit Ihren Folgen für die Politik und deren Konflikte.

**Aber diese Entwicklungen sind global, betreffen also nicht nur Sachsen.**

Das stimmt, deshalb gibt es den neuen Rechtspopulismus, Nationalismus und Rassismus auch in den USA, in Frankreich oder in Polen. Aber die globalen Entwicklungen stoßen in Sachsen auf Besonderheiten: Die revolutionäre Transformation 1989, die widersprüchlichen Erfahrungen im Zuge des Vereinigungsprozesses, Wirtschaftseinbruch, dramatische Abwanderungen in den Westen, eine ausgeprägte Alterung und insgesamt Schrumpfung der sächsischen Bevölkerung, insbesondere in den ländlichen Regionen. Auch die in der DDR gewonnene Staatsprägung wirkt bis heute nach.

**Aber die AfD will ja nicht die DDR zurück, sagt sie zumindest. Sie wählt sich vielmehr in einer neuen DDR und beschwört in Plakaten schon mal die Vollen- dung der Wende. Inwiefern wirkt die DDR in rechten Bestrebungen in Sachsen nach?**

Der DDR-Staat wurde als paternalistischer oder vormundschaftlicher Staat wahrgenommen, mit dem sich die Mehrheit zwar nicht identifiziert, der aber dennoch als allzuständige Lösungsinstanz für die eigenen Nöte und Wünsche adressiert wurde. Daraus resultierte eine starke Fokussierung auf den Staat, wohingegen andere Bereiche und Verantwor-



„Auch in Sachsen ist kein ‚legaler Staatsstreich‘ durch die AfD zu erwarten“, meint der Professor für Soziologie, Raj Kollmorgen, von der Hochschule Görlitz-Zittau.

FOTO: MIRIAM SCHÖNBACH/DPA

tungen – etwa der Wirtschaft oder Zivilgesellschaft – unterbelichtet blieben. Dazu kommt die Erfahrung, als Volk mit der Revolution 1989 „denen da oben“ gezeigt zu haben, dass noch jede Herrschaft gestürzt werden kann.

**Unmut im Osten gibt es schon lange, auch bei der Massenarbeitslosigkeit war er groß. Warum aber nun so eine massive Hinwendung zur AfD – oder zu deren Politikangeboten?**

Auf die politisch-kulturelle Prägung durch die DDR und die Umbrüche nach 1989/90 stoßen nun die wirtschaftlich-sozialen sowie politischen Herausforderungen und Politikangebote der letzten Jahre. Einerseits schrieben sich gerade die eher links verorteten Parteien, allen voran die SPD, aber auch die Grünen und die Linke, stets eine Ausweitung der Bürgerbeteiligung auf die Fahnen, während viele Menschen das Gefühl beschleicht, dass das kaum etwas bringt. Eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat den Eindruck: Was sie artikulieren, spiegelt sich nicht im Regierungshandeln wider. Andererseits hört man in politischen Diskussionen der Menschen im ländlichen Raum oft die Aussage: Ich verstehe überhaupt nicht, wovon die da oben reden, was die von uns wollen und wieso das ein Problem darstellt. So bei der feministischen Außenpolitik, der Debatte um das Selbstbestimmungs- gesetz und Diversitätsfragen oder bei der Vorstellung strikter Klimaschutzmaßnahmen für das eigene Haus und die Mietwohnung. Das Ergebnis ist eine doppelte politische Entfremdung. Und während die Erfahrung der letzten Jahrzehnte den Menschen einerseits suggeriert, klassische demokratische Mitwirkung in Gemeinderäten, politischen

Parteien oder Wohlfahrtsverbänden führe kaum zur Wahrnehmung und schon gar nicht Durchsetzung ihrer Ideen und Interessen, bekommen sie gleichzeitig das Gefühl, wenn man nur laut genug jammert und auf den Straßen protestiert, dann reagieren „die da oben“ schon. Und je radikaler der Protest, desto eher und deutlicher die zugewandte Reaktion der Regierenden.

**Worüber gibt es am meisten zu jammern?**

Nun, genannt werden die Zumutungen der jüngsten Vergangenheit: Energiepreisexplosion, Inflation, neue Migration sowie Mangel an Fachkräften und in der Daseinsvorsorge. Viele Menschen gerade der unteren Mittelschichten im ländlichen Raum haben den Eindruck, das würde von „denen da oben“ nicht wirklich ernst genommen. Das ist in dieser Pauschalisierung so nicht richtig, aber es wird vielfach so wahrgenommen.

**Aber mit diesen Zumutungen haben die Menschen nicht nur in Sachsen oder Thüringen zu tun, wo die AfD ja ähnlich stark ist.**

In Ostdeutschland neigen die Menschen dazu, diese Unzufriedenheit sofort auf das System zu projizieren. Schuld ist dann eben nicht die aktuelle Regierung oder eine der etablierten demokratischen Parteien, sodass man eine andere wählen würde. Vielmehr erscheinen die zentralen Institutionen der Demokratie und deren Eliten als das Problem. Diese haben sich in dieser Wahrnehmung vom normalen Volk, von deren Sorgen und Interessen entfremdet. Genau das müsste in der eigenen Stimmenabgabe klar erkennbar sein, damit eine Umkehr möglich wird.

**Sehen Sie die Demokratie in Gefahr?**

Ich würde vor voreiligen Schlüssen

warnen. Auch wenn zurzeit 35 oder sogar 40 Prozent der Menschen in Sachsen die AfD wählen würden, bedeutet das nicht, dass dieser Anteil der Wähler rechtsextremistisch oder gefestigt rechtspopulistisch wäre. Etwa ein Drittel des Wählerreservoirs der AfD würde ich im demokratiefeindlichen Milieu einordnen. Ein weiteres Drittel ist klar populistisch orientiert, aber schwankend in der konkreten Wahlentscheidung und könnte ihr Kreuz auch bei der CDU, den Linken oder einer möglichen Wagenknecht-Partei machen. Ein letztes Drittel verkörpert klassische Protestwähler, die wenig parteipolitisch orientiert und informiert sind und nach Stimmungslage entscheiden.

**Dennoch könnte die AfD über die CDU an die Macht kommen.**

Ich will das Problem nicht klein reden. Aber ich sehe aktuell nicht, dass die Versuche der AfD, die CDU in Sachsen zu einer wie auch immer gearteten Zusammenarbeit zu bewegen, fruchten. Und gegenüber manchem Katastrophenszenarium ist festzuhalten: Angesichts der Mehrheitsverhältnisse und der Stärke der Zivilgesellschaft ist auch in Sachsen kein ‚legaler Staatsstreich‘ durch die AfD zu erwarten.

## Raj Kollmorgen

**Der Soziologe und Hochschullehrer** Raj Kollmorgen wurde 1963 in Leipzig geboren und hat an der Friedrich-Schiller-Universität Jena in Soziologie promoviert. 2010 folgte die Habilitation an der Uni Magdeburg. Seit 2013 ist er Professor für Management sozialen Wandels an der Hochschule Zittau/Görlitz. Von 2019 bis 2020 war er Mitglied der Kommission der Bundesregierung „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“. |fnob

## Neuer Ampel-Streit bahnt sich an

Eigentlich sollte es in der Ampel nach der Klausur in Meseberg harmonischer werden. Doch es rumpelt schon wieder.

VON ULRICH STEINKOHL

**DRESDEN/BERLIN** – Angesichts der schwächelnden Wirtschaft hat der FDP-Fraktionsvorsitzende Christian Dürr eine „umfassende Reformagenda“ für Deutschland gefordert. „Wir sind uns einig, dass die Koalition ihre volle Aufmerksamkeit auf die Stärkung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit jetzt richten muss“, sagte er am Freitag zum Abschluss einer dreitägigen Klausurtagung der FDP-Bundestagsfraktion in Dresden. Die Ampel müsse an den drei Hauptproblemen Energiekos-

ten, Bürokratiekosten und Fachkräftemangel arbeiten. Die Abgeordneten verabschiedeten dazu ein Positionspapier mit der Überschrift „Klarer Kurs für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum, Wohlstand und individuelle Aufstiegschancen“. Über ein Jahrzehnt lang sei die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands vernachlässigt worden, heißt es darin. Große Herausforderungen wie Digitalisierung, Dekarbonisierung und Demografie seien nicht genug angegangen worden. „Aus ‚Fahren auf Sicht‘ wurde wirtschaftspolitisch im Ergebnis dann ‚Fahren auf Verschleiß‘.“

Um dies zu korrigieren, fordert die FDP eine Senkung der Stromsteuer um 2 Cent je Kilowattstunde auf den EU-Mindestsatz von 0,05 Cent. „Perspektivisch setzen wir uns für eine vollständige Abschaffung der Stromsteuer ein“, heißt es in ihrem Strategiepapier. Einen staatlich

Christian Dürr  
Fraktionschef der FDP

FOTO: MICHAEL KAPPELLER

Katharina  
DrögeFraktionschefin  
der Grünen

FOTO: KAY NIETFFELD/DPA

subventionierten Energiestrompreis, wie ihn die Grünen und SPD verlangen, lehnt die FDP weiter ab. Grünen-Fraktionschefin Katharina Dröge hielt dem entgegen, dass es energieintensiven Branchen wie die Chemie- oder Metallindustrie seien, die unter besonderem Wettbewerbsdruck stünden. „Eine Absen-

kung der Stromsteuer würde genau diese Branchen nicht entlasten, da ein Großteil der Unternehmen ohnehin hiervon befreit ist“, sagte Dröge. Es brauche zielgenaue Lösungen. „Ein Brückenstrompreis für energieintensive Unternehmen sichert hunderttausende Arbeitsplätze bei den vielen mittelständischen und großen Unternehmen der energieintensiven Industrie.“

Nicht schmecken kann den Grünen auch, dass die FDP die Option auf eine weitere Nutzung der Atomenergie offenhalten will. „Wir brauchen grundlastfähige Kraftwerke und wollen deshalb den Rückbau der noch einsatzfähigen Kernkraftwerke stoppen. Hier beißt die FDP allerdings auch bei Kanzler Olaf Scholz (SPD) auf Granit: „Das Thema Kernenergie ist aus Sicht des Bundeskanzlers erledigt“, machte Vizeregierungssprecher Wolfgang Böhner deutlich. |dpa **Kommentar**

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Medien Union GmbH Ludwigshafen  
**Verlag:** Chemnitz Verlag und Druck GmbH & Co. KG  
09111 Chemnitz, Brückenstraße 15  
oder 09002 Chemnitz, Postfach 261  
**Telefon:** 0371 6560  
**Telefax Redaktion:** 0371 656-17084  
**Telefax Anzeigen:** 0371 656-17077  
**Internet:** www.freiepresse.de  
**E-Mail:** die.tageszeitung@freiepresse.de  
**Geschäftsführer:** Dr. Michael Tillian  
**Chefredakteur:** Torsten Kleditzsch  
(verantwortlich für den redaktionellen Teil)  
**Stellvertretende Chefredakteure:** Udo Lindner, Anne Lena Möskén  
**Stellvertretender Chefredakteur**  
**Digitales:** Sascha Aurich

**Leitung Werbemarkt:** Alexander Arnold  
(verantwortlich für den Anzeigenteil)  
**Leiter Leserkontakt:** Arne Stuck

Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in Freie Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG, Markgrafenstraße 62, 10969 Berlin, E-Mail: info@presse-monitor.de, oder direkt beim Verlag. Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgeprochen werden und müssen sechs Wochen vorher in Textform beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen.  
Text- und Data-Mining: Die Chemnitz Verlag und Druck GmbH & Co. KG behält sich eine Nutzung ihrer Inhalte für kommerzielles Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor. Für den Erwerb einer entsprechenden Nutzungslizenz wenden Sie sich bitte an kontakt@freiepresse-medien-gruppe.de.